Manuel Hagel (links) im Gespräch mit Ehingens OB Alexander Baumann. FOTO: KÖRNER

Hagel teilt gegen die „Ampel“ aus

CDU-Landesvorsitzender äußert sich beim Neujahrsfrühschoppen der Kolpingsfamilie

Von Barbara Körner

EHINGEN - Der Neujahrsfrühschoppen bei der Ehinger Kolpingsfamilie bietet Politikern meist aus der CDU eine Plattform, zu aktuellen Fragen Stellung zu nehmen. „Der gute Besuch beweist die Wertschätzung für Manuel Hagel. Wir sind alle stolz auf das, was er bisher erreicht hat“, sagte Organisator Hans Aierstok den fast 90 Gästen im Kolpinghaus.

„Wenn 82 Prozent unzufrieden mit der Arbeit der Bundesregierung sind, ist das der demoskopische Beweis, wie schlecht sie ist. Aber wir müssen aufhören, das eigene Land schlecht zu reden, wir leben in einem wunderbaren Land, in einer wunderbaren Region. Wir brauchen keinen Krisenmodus, wir brauchen Mut, Zuversicht und Tempo“, erklärte Hagel seinen Zuhörern, mehrheitlich Parteifreunde. Die christliche Soziallehre im Sinne von Kolping sei eine Richtschnur dafür.

Der CDU-Landesvorsitzende bedauerte, dass Demokratie nicht mehr im Fokus der Menschen stehe, das müsse man ernst nehmen. „Es ist die falsche Politik, wenn Menschen nicht mehr entscheiden dürfen, wie sie heizen, aber einmal im Jahr bestimmen können, welchem Geschlecht sie angehören wollen. Die Menschen sind gut wie sie sind, man sollte sie nicht in Schablonen pressen“, so Hagel. Zur aktuellen Umweltpolitik erklärte er: „Wenn wir für unsere Umwelt etwas tun wollen, brauchen wir Technologien und keine Ideologien. Das Problem ist nicht der Verbrennungsmotor, sondern das, was in den Motor hineinkommt, hier muss die Entwicklung weitergehen. Es hilft nichts, wenn man sich auf der Straße festklebt, sondern wenn man an der Werkbank sich seinen Aufgaben stellt.“

Zur Migrationsproblematik meinte er: Das Streben nach Wohlstand sei kein Asylgrund. Da brauche man in der Politik eine 180-Grad-Wende. „Migration in den Arbeitsmarkt ja, aber nicht in unser Sozialsystem. Wir brauchen Rücknahmeabkommen mit den Ländern Nordafrikas und dem Balkan. Bei uns in Deutschland macht das Parlament die Gesetze, nicht der Prophet. Wer das will, muss heraus aus diesem Land“, sagte Hagel zu Forderungen nach der Scharia. Zur wirtschaftlichen Lage erinnerte er, dass Baden-Württemberg früher bitterarm gewesen sei, nur Fleiß und Erfindergabe sei der heutige Wohlstand zu verdanken.

Die Liebherr-Erweiterung in Berg sei ein Bekenntnis zum Wohlstand; wenn anderenorts tausende Arbeitsplätze wegfallen, sei es eine gute Entscheidung, hier 1000 neue zu schaffen, so Hagel. „Es ist eine Entscheidung für die Menschen in unserer Stadt“, betonte Hagel. Zu den aktuellen Protesten der Landwirte meinte er, er könne sie verstehen, er wäre auf ihrer Seite, aber ihre Forderungen dürften nicht radikal durchgesetzt werden.

In der anschließenden Diskussionsrunde sagte Heinz Wiese, dass das geforderte G9 eine Sogwirkung auf die Realschulen und beruflichen Gymnasien hätte. „Wer die Regulierung nicht will, muss die Eigenverantwortung stärken, ob G 8 oder G9 soll vor Ort in den Städten der Gemeinderat entscheiden“, forderte Hagel. Er forderte auch die frühkindliche Bildung zu stärken, das letzte Kindergartenjahr müsse obligatorisch für alle Kinder sein. Man müsse zurück zur verbindlichen Grundschulempfehlung, Hauptschule und Realschule müssten höhere Wertigkeit bekommen.

Max Leicht sagte, dass die Energie aus den Atomkraftwerken fehle, durch von Braunkohlekraftwerken erzeugtem Strom würde ein erhöhter CO_2-Ausstoß verursacht. Leicht sprach sich gegen Windkraftanlagen im Wald und die Vermoorung landwirtschaftlicher Flächen, um mehr CO_2 zu binden, aus. Hagel bestätigte, dass es ein Fehler gewesen sei, in Zeiten, in denen die Energie knapper wird, die Atomkraftwerke abzuschalten. Die Strompreise könne man senken, wenn man die Stromsteuer senkt. Neue Atomkraftwerke zu bauen hielt Hagel für nicht sinnvoll. Er berichtete von Forschungen in Brandenburg, wo untersucht werde, wie man Atommüll in vorhandenen AKWs recycelt, um daraus Strom zu gewinnen. Er berichtete auch von Photovoltaikanlagen auf Baggerseen und wie im Wald Windräder erstellt werden könnten, man brauche dazu einen halben Hektar Boden. Zusätzlich könne man wie in östlichen Bundesländern die Windkraftanlagen mit einem Sendemast für bessere Funkverbindungen versehen.